

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

10. März 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 06.03.14 kamen bei einem versehentlichen Angriff durch US-Drohnen in der ostafghanischen Provinz Logar fünf afghanische Soldaten ums Leben.

Am 08.03.14 wurde der Gouverneur des Distrikts Nasjan in Jalalabad (Hauptstadt der ostafghanischen Provinz Nangarhar) zusammen mit seinem Leibwächter bei einem Bombenanschlag getötet. Mehrere Passanten wurden verletzt. In den Außenbezirken der Stadt Mehtarlam (Provinz Laghman) starben vier afghanische Soldaten und zwei Polizisten bei der Entschärfung einer Mine.

Am 09.03.14 töteten Taliban in Chaghcharan (Hauptstadt der westafghanischen Provinz Ghor) drei Lehrer und entführten einen Weiteren.

Pakistan

Gespräche mit Taliban wieder aufgenommen

Nach der Vereinbarung einer Waffenruhe in Nordwestpakistan (vgl. BN v. 03.03.14) hat die Regierung die Friedensgespräche mit den Taliban wieder aufgenommen.

Anschläge

Trotz Waffenruhe und Wiederaufnahme der Gespräche wurde am 04.03.14 ein NATO-Nachschubkonvoi nahe der afghanischen Grenze im Distrikt Jamrud (Stammesgebiete, Nordwestpakistan) angegriffen. Dabei starben mindestens zwei Menschen. Die Verantwortlichkeit für den Überfall ist unklar. In der Regel greifen die Taliban NATO-Konvois an.

Am 05.03.14 wurden im nordwestpakistanischen Distrikt Hangu sechs Soldaten bei einem Bombenanschlag getötet und acht verwundet.

Irak

Allgemeine Lage

Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im März 2014 bislang (Stand: 09.03.14) 346 Zivilpersonen getötet. So starben am 09.03.14 insgesamt 69 Menschen, davon allein in Hilla (Provinz Babil) 47 durch einen Selbstmordattentäter.

Nach einer Pressemeldung von UNHCR vom 07.03.14 steigt die Zahl der Vertriebenen in der Provinz Anbar weiter an. So habe sich die Zahl der Flüchtlinge in der Stadt Heet und deren Umgebung um 20.000 - 30.000 erhöht. Die Stadt Fallujah stehe weiter unter Beschuss, die Straßen würden geschlossen bleiben und es gäbe Berichte, dass Benzin, Nahrungsmittel und Grundversorgungsgüter knapp würden. Auch die Situation in Ramadi sei weiterhin unsicher. In einigen Teilen der Stadt und des Umlandes würden Beschuss und bewaffnete Zusammenstöße anhalten und einige Bewohner seien Richtung Heet geflohen.

Am 05.03.14 hätten die Behörden gemeinsam mit der UN einen Hilfeplan ins Leben gerufen, um die unmittelbaren Bedürfnisse der von den Kämpfen betroffenen Menschen versorgen zu können.

Syrien

Verschleppte Nonnen frei

Nach Meldungen vom 10.03.14 sind dreizehn Nonnen wieder frei, die im Dezember 2013 von der Jabhat al-Nusra aus einem Kloster in Maalula, in der Nähe von Damaskus, verschleppt worden waren. Sie trafen an der syrisch-libanesischen Grenze ein. Im Gegenzug für ihre Freilassung sollen 153 weibliche Häftlinge aus syrischen Gefängnissen entlassen worden sein, gab der Chef der libanesischen Sicherheitsbehörde, Abbas Ibrahim an. Er hatte die Vereinbarung zwischen Rebellen und der syrischen Regierung ausgehandelt.

Schlechte medizinische Versorgung vor allem der hilfsbedürftigen Kinder

In einem am 10.03.14 veröffentlichten Bericht der Organisation Save the Children wird die medizinische Versorgung hilfsbedürftiger Kinder als verheerend bezeichnet. Seit Beginn des Bürgerkrieges vor drei Jahren sollen mit 200.000 Menschen (darunter Tausende Kinder) mehr Personen gestorben sein als bei Kampfhandlungen getötet wurden (ca. 140.000). Gründe lägen unter anderem darin, dass chronische Krankheiten nicht behandelt werden könnten, Neugeborene bei Stromausfällen in Brutkästen sterben und wegen mangelnder Ausstattungen Gliedmaßen amputiert werden müssten.

Deutsche Islamisten im Bürgerkrieg

Nach Erkenntnissen des deutschen Verfassungsschutzes sind seit Beginn des Bürgerkrieges etwa 300 Islamisten aus Deutschland nach Syrien gereist. Dort sollen sie vermutlich unvorbereitet in den Kampf geschickt werden. Man gehe davon aus, dass bereits 20 Personen ums Leben gekommen sind. Der Präsident des Verfassungsschutzes, Maaßen, sieht die Gefahr von Anschlägen dieser „Jihad-Touristen“ nach ihrer Rückkehr. Sie seien dann „kämpferprobt und radikalisiert“. Damit wachse die Gefahr terroristischer Handlungen auch in Deutschland. Konkrete Anschlagpläne seien noch nicht entdeckt worden.

Algerien

Präsidentenwahl

Algeriens Präsident Abdelaziz Bouteflika hat am 03.03.14 seine Kandidatur für die am 17.04.14 geplante Präsidentenwahl öffentlich angekündigt und beim Verfassungsrat eingereicht. Bouteflika, seit 1999 im Amt, strebt damit eine vierte Amtszeit an. Durch eine Verfassungsänderung im Jahr 2012 wurde die Beschränkung der Amtszeiten des Präsidenten auf eine Wiederwahl aufgehoben. Neben Bouteflika haben laut der staatlichen Nachrichtenagentur APS weitere elf Kandidaten ihre Papiere eingereicht. Vor der Universität im Zentrum Algiers demonstrierten rund 100 Menschen gegen die Kandidatur Bouteflikas.

Marokko

Massenansturm auf spanische Exklave

Marokkanische Sicherheitskräfte verhinderten am 04.03.14 den Grenzübertritt von etwa 1.500 Migranten in die spanische Nordafrika-Exklave Ceuta. Es war seit Monaten die größte Zahl von Menschen, die einen Übertritt versuchten. Im Oktober 2013 hatten sich rund 400 Menschen bemüht, von Marokko aus in die Stadt an der nordafrikanischen Mittelmeerküste zu gelangen. Vor einem Monat waren 15 Flüchtlinge bei dem Versuch, Ceuta schwimmend zu erreichen, im Meer ertrunken. Laut der spanischen Tageszeitung „El País“ sollen um die Exklaven Ceuta und Melilla mehr als 30.000 Menschen auf eine Gelegenheit warten, auf spanisches Gebiet zu kommen.

Tunesien

Ausnahmezustand aufgehoben

Am 06.03.14 erklärte das tunesische Präsidialamt, der Staatschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte Moncef Marzouki, habe den Ausnahmezustand am 05.03.14 vorzeitig aufgehoben. Das Notstandsgesetz galt seit dem Sturz des früheren Präsidenten Zine el Abidine Ben Ali Anfang 2011 und war seitdem stets um mehrere Monate verlängert worden. Inwieweit damit die weitreichende Befugnisse des Notstands für Polizei

und Armee entfallen, ist unklar. Das Präsidentialamt führte auch aus, dass die Aufhebung nicht „die Kapazitäten der Sicherheitskräfte einschränkt, die das Gesetz durchsetzen“ und dass bei Bedarf die Streitkräfte mobilisiert werden könnten.

Ägypten

Wahlgesetz erlassen

Übergangspräsident Adli Mansur erließ ein Gesetz für die Präsidentenwahl. Die Wahlkommission wird voraussichtlich in den nächsten Tagen einen Wahltermin festlegen. Da sich die Schaffung des Gesetzes erheblich verzögerte, wird die Wahl voraussichtlich nicht – wie ursprünglich geplant – Ende April stattfinden können. Als aussichtsreichster Kandidat gilt Armeechef Abdel Fattah a-Sisi, der seine Kandidatur bereits in Aussicht gestellt, jedoch noch nicht formell bekräftigt hat.

Drei Tote bei Demonstrationen

Bei einer Demonstration für die Wiedereinsetzung des gestürzten Präsidenten Mursi kamen am 07.03.14 in Kairo bei Zusammenstößen zwischen Unterstützern Mursis und Sicherheitskräften nach Angaben des Gesundheitsministeriums mindestens drei Menschen ums Leben; mindestens 23 wurden verletzt. Bei Protesten in anderen Städten wurden mindestens fünf Personen verletzt.

Ägypten/Palästinensische Autonomiegebiete

Ägyptisches Gericht verbietet Hamas

Ein Gericht in der Hauptstadt Kairo hat am 04.03.14 sämtliche Aktivitäten der radikalislamistischen palästinensischen Hamas im Land für illegal erklärt, meldete die Zeitung al-Ahram. Ein Richter, der nicht genannt werden wollte, bestätigte diese Information gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. Die Hamas, die den Gazastreifen beherrscht, hat ihre Wurzeln in der ägyptischen Muslimbruderschaft. Diese war nach dem Sturz des islamistischen ägyptischen Präsidenten Muhammad Mursi durch das Militär (2013) als Terrororganisation eingestuft worden. Die Hamas verurteilte die Gerichtsentscheidung als Angriff auf die palästinensische Sache.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Palästinenserpräsident Abbas drängt auf Siedlungsstopp

Mahmoud Abbas will einer von den USA vorgeschlagenen Verlängerung der Direktverhandlungen mit Israel nur zustimmen, wenn zuvor der Siedlungsausbau gestoppt und weitere Gefangene freigelassen werden, die ohne Gerichtsurteil einsitzen (vor allem Frauen, Kinder und Verwaltungshäftlinge). Dies sagte am 04.03.14 ein Führungsmitglied der Fatah-Partei von Abbas. Israel hatte im Laufe der Ende Juli begonnenen Direktgespräche die Freilassung von 104 Langzeitgefangenen zugesagt, von denen die letzten 26 Ende dieses Monats freikommen sollen. Nach unbestätigten Berichten israelischer und palästinensischer Medien hat US-Außenminister Kerry einen israelischen Baustopp im Westjordanland außerhalb der großen Siedlungsblöcke vorgeschlagen, um Abbas zu einer Verlängerung der Verhandlungsperiode zu bewegen. Dies wurde von israelischer Seite dementiert. Unterdessen hat Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu die Aufgabe „einiger“ Siedlungen im besetzten Westjordanland im Rahmen eines Friedensvertrages mit den Palästinensern nicht ausgeschlossen. Allerdings werde er sich dafür einsetzen, dass die Zahl der zu räumenden Siedlungen „so klein wie möglich“ bleibe, zitierte ihn die Zeitung „Haaretz“.

Jemen

Mutmaßlicher al-Qaida-Führer stirbt bei US-Drohnenangriff

Nach Berichten des Internet-Portals „News Yemen“ seien bei einem Drohnenangriff im Bezirk al-Khabi in der nördlichen Provinz al-Jawf am 05.03.14 ein lokaler Anführer des Terrornetzwerks „Al-Qaida auf der

Arabischen Halbinsel“ (AQAP) und seine zwei Begleiter ums Leben gekommen. Die drei Männer seien im Auto fahrend von einer Lenkrakete getroffen worden.

30 Tote bei Kämpfen zwischen rivalisierenden Gruppen

Bei Kämpfen zwischen schiitischen Rebellen und sunnitischen Stämmen im Nordwesten sind den Behörden zufolge mindestens 30 Menschen getötet worden. Unter Vermittlung der Regierung sei zwischen den rivalisierenden Muslim-Gruppen eine Waffenruhe erreicht worden, teilte der Gouverneur der Provinz Al-Jawf, Muhammad bin Aboud, am 09.03.14 mit. Auch im Süden des Landes steht die Regierung unter Druck. Dort kämpft die Armee gegen Separatisten sowie gegen Islamisten, die zu einem der aktivsten Ableger von Al-Qaida („Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“, AQAP) gehören.

Somalia

Al-Shabaab aus mehreren Ortschaften vertrieben

Nach Angaben der AMISOM vom 08.03.14 gelang es der somalischen Armee (SNA) und AMISOM-Einheiten in den vergangenen Tagen, fünf strategisch wichtige Ortschaften im Südwesten des Landes einzunehmen. Es soll sich u.a. um Hudur (Hauptstadt der Region Bakool), Rabduhre, Wajid sowie Ted (ebenfalls Bakool) handeln. Einem Pressebericht vom 09.03.14 zufolge nahmen SNA und AMISOM nach zweitägigen Kämpfen auch die Stadt Burdhubo in der Region Gedo ein. Dabei sollen mindestens neun al-Shabaab-Kämpfer getötet worden sein.

Nigeria

Vier Männer wegen homosexueller „Vergehen“ in Bauchi ausgepeitscht

Am 06.03.14 wurden vier Männer in der Stadt Bauchi (Hauptstadt des gleichnamigen nordnigerianischen Bundesstaats) von dem „Upper Sharia Court“ im Stadtbezirk Unguwar Jaki wegen Homosexualität zu 15 Peitschenhieben und einer Geldstrafe von 20.000 Naira (rund 90 Euro) verurteilt. Die Körperstrafe wurde sofort nach Urteilsverkündung im Gericht vollzogen. In der Begründung führte der Richter aus, dass die Todesstrafe nicht verhängt werden konnte, da die Angeklagten nicht beim homosexuellen Geschlechtsverkehr gefasst worden waren. Auch für zwei der Angeklagten, die gestanden hätten, vor vier Jahren homosexuellen Geschlechtsverkehr gehabt zu haben, sei die Todesstrafe nicht in Betracht gekommen. Diese hätten ihre Handlung bereut, so dass im Nachhinein die Verhängung der Todesstrafe nicht gerechtfertigt sei. Die Verhandlung fand im Geheimen statt, da bei einem Gerichtstermin im Januar 2014 eine aufgebrachte Menschenmenge die Angeklagten vor dem Gerichtsgebäude mit Steinen beworfen und die Todesstrafe gefordert hatte. Nur unter Einsatz von Tränengas hatte die Polizei den Aufruhr beenden können.

Angriff der Boko Haram auf zwei Dörfer in Borno

Mutmaßlich Angehörige der radikalislamischen Organisation Boko Haram griffen am Abend des 03.03.14 im nordöstlichen Bundesstaat Borno das Dorf Jakana an (Kaga Local Government Area, etwa 35 km von dessen Hauptstadt Maiduguri). Elf Bewohner, nach anderen Angaben mindestens 40 Personen, wurden getötet. Laut Angaben des Senators von Borno Central, Ahmed Zannah, flohen die Angreifer, als sie die Soldaten bemerkten.

Bereits am Abend des 02.03.14 hatten Kämpfer der Boko Haram in Borno das Dorf Mafa (etwa 50 km östlich von Maiduguri) angegriffen. Sie schossen auf Fliehende und warfen Sprengsätze in Häuser. Bei der Attacke starben etwa 30 Zivilisten. Zwei Polizisten wurden am nächsten Tag getötet, als ihr Fahrzeug in Mafa auf eine Bombe fuhr. Boko Haram hatte den Angriff auf Mafa Tage vorher in Flugblättern angekündigt. Daraufhin war zwar zusätzlich Militär in das Dorf verlegt worden, jedoch sollen die Soldaten laut Angaben von Senator Zannah vor der Übermacht der Angreifer geflüchtet sein.

DR Kongo

Internationaler Strafgerichtshof verurteilt Ex-Rebellenführer Katanga

Am 07.03.14 sprach der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag den früheren kongolesischen Warlord Germain Katanga wegen Beihilfe zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Mord) und zu vier Kriegsverbrechen (Mord, Angriff auf die Zivilbevölkerung, Zerstörung von Eigentum und Plünderung) schuldig. Er sei mitverantwortlich für einen Überfall seiner Miliz „Kräfte des patriotischen Widerstands in Ituri“ (FRPI) am 24.02.2003 auf das Dorf Bogoro (Distrikt Ituri, nordöstliche Provinz Orientale), bei dem mindestens zweihundert Menschen getötet worden waren. Von den Anklagepunkten des Einsatzes von Kindersoldaten sowie der Vergewaltigung und sexueller Sklaverei wurde er freigesprochen. Es sei nicht erwiesen sei, dass er damals tatsächlich absolute Befehlsgewalt über die Miliz hatte. Das Strafmaß wird bei einer späteren Sitzung festgelegt. Rechtsmittel gegen das Urteil können innerhalb von 30 Tagen eingelegt werden.

Côte d'Ivoire

Gbagbo-Partei gewinnt wieder an Stärke

Während der frühere Präsident Côte d'Ivoires, Laurent Gbagbo, in einem Gefängnis im niederländischen Scheveningen auf seinen Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) wartet, entwickelt sich seine Partei, die Front Populaire Ivoirien (FPI), wieder zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft. Ziel ist, bei den für Oktober 2015 geplanten Präsidentschaftswahlen wieder an die Macht zurückzukehren. Zuletzt hatte die Partei an Bedeutung verloren, da sie seit 2012 alle Wahlen boykottierte.

Gbagbo werden im Zusammenhang mit den Unruhen bei den Wahlen in 2010 Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Mehr als 3.000 Ivorer starben, nachdem sich Gbagbo weigerte, seinem gewählten Nachfolger Alassane Ouattara das Amt zu überlassen. Nach wie vor ist das Land in zwei politische Lager gespalten. Anhänger Gbagbos werfen der Regierung eine Siegerjustiz vor. Noch immer warten mehrere inhaftierte FPI-Führungspersonlichkeiten auf ihre Freilassung.

Eritrea

Stabschef gestorben

Das eritreische Informationsministerium hat am 08.03.14 den Tod des Generalstabschefs der Streitkräfte, Major General Gerezheri Andemariam alias „Wuchu“, bestätigt. Der Generalstabschef soll sich schon seit längerem in ärztlicher Behandlung befunden haben. „Wuchu“ ist ein Veteran des Unabhängigkeitskampfes gegen Äthiopien (1961-1993) und genoss landesweit als „lebende Legende“ hohes Ansehen.

Als im Sommer 2002 Eritrea in Militärische Operationszonen (Military Operation Zones - MOZ) eingeteilt und die zivile Verwaltung den in den jeweiligen Zonen verantwortlichen Kommandeuren unterstellt wurde, übernahm „Wuchu“ die Zone 5 (Zentrum) mit Sitz in Barentu.

Südsudan

Schießerei in Kaserne

Wegen ausbleibender Soldzahlungen soll es in der größten Kaserne Jubas am 05.03.14 zu einem Feuergefecht gekommen sein, bei dem mehrere Dutzend Menschen getötet wurden. Ein General der Präsidentengarde soll die Schießerei veranlasst haben, um Solforderungen Nachdruck zu verleihen.

Stillstand bei Friedensverhandlungen

Die Friedensverhandlungen in Addis Abeba wurden auf den 20.03.14 vertagt. Trotz einer im Januar vereinbarten Waffenruhe kommt es nach wie vor zu Kämpfen zwischen Rebellen um den früheren Vizepräsidenten Riek Machar und der Armee.

Ukraine

Vor dem Referendum zum Anschluss an Russland

Eine Woche vor dem umstrittenen Referendum über den Anschluss der Krim an die Russische Föderation hat die politische Führung der Halbinsel einen schnellen Beitritt angekündigt. Der Vorsitzende des prorussischen Regionalparlaments, Wladimir Konstantinow, sagte, dass der Übergangsprozess zu einer neuen Rechtsprechung zwar „kompliziert“ sei. Doch werde „alles noch im März gelingen“. Er versprach Lehrern, Ärzten, Soldaten, Polizisten und anderen Beamten auf der Krim, dass sich ihr Einkommen im Schnitt vervierfachen werde. Momentan ist die Führung der Krim allerdings weitgehend zahlungsunfähig, weil die Übergangsregierung in Kiew der autonomen Republik den Zugang zu Finanzmitteln sperrte. Deshalb könnten laufende Geschäfte nicht mehr finanziert werden, sagte Krim-Vizeregierungschef Rustam Temirgalijew. Man habe sich bereits an Moskau gewandt, um bei russischen Banken Konten zu eröffnen. Die Halbinsel werde sowie-so die russische Währung Rubel einführen, sollte die Mehrheit der Krim-Bevölkerung für einen Beitritt stimmen. Eine Mehrheit dafür gilt als wahrscheinlich.

Die über Jahrhunderte russische Halbinsel gehört völkerrechtlich zur Ukraine. Die Regierung in Kiew und der Westen werfen Russland vor, die Halbinsel vor etwa einer Woche völkerrechtswidrig unter Kontrolle gebracht zu haben. Vor dem für den 16.03.14 geplanten Referendum über einen Anschluss der Krim an Russland gibt es auch in mehreren Großstädten der Süd- und Ostukraine Forderungen nach einer solchen Abstimmung.

Der Westen sieht in der von Moskau demonstrativ unterstützten Vorbereitung des Krim-Referendums eine Eskalation. Russland provoziert aus Sicht von Bundesaußenminister Steinmeier mit seiner unnachgiebigen Haltung eine Verschärfung der EU-Sanktionen. Diese sehen bislang Reisebeschränkungen sowie Kontensperrungen für bestimmte im Ukraine-Konflikt verantwortliche Personen vor.

Indien

Parlamentswahl dauert über einen Monat

Wie die Wahlkommission am 05.03.14 mitteilte, werden die 16. Parlamentswahlen fünf Wochen dauern. Das Votum soll am 07.04. beginnen und bis zum 12.05.14 dauern. 814 Millionen Wahlberechtigte, mehr als die Gesamtbevölkerung Europas, geben dabei gestaffelt an insgesamt neun Tagen in den Unionsstaaten und Unionsterritorien ihre Stimme ab. Nie zuvor zog sich eine Parlamentswahl derart lange hin.

Premier Manmohan Singh von der regierenden Kongresspartei tritt nach zwei Amtszeiten nicht mehr zur Wahl an. Neuer Spitzenkandidat ist der jüngste Spross der Gandhi-Dynastie, der 43-jährige Rahul Gandhi. Umfragen zufolge ist ein erneuter Wahlsieg der Kongresspartei unwahrscheinlich. Die größten Chancen werden der hindunationalistischen Indischen Volkspartei (BJP) eingeräumt. BJP-Kandidat ist Narendra Modi. Er hat sich als Ministerpräsident des Bundesstaats Gujarat aufgrund seiner erfolgreichen Wirtschaftspolitik zwar großes Ansehen erworben, ist aber wegen seiner Rolle bei blutigen Ausschreitungen gegen Muslime im Jahr 2002 nicht unumstritten.

Vietnam

Blogger wegen Regimekritik zu Haft verurteilt

Am 04.03.14 wurde der bekannte Blogger Truong Duy Nhat gem. Art. 258 VietStGB wegen „Missbrauchs demokratischer Freiheiten zur Verletzung von Staatsinteressen“ zu zwei Jahren Haft verurteilt. Er hatte kurz vor seiner Verhaftung (am 26.05.13) auf seinem Blog den Rücktritt des Premierministers und des Generalsekretärs der kommunistischen Partei gefordert. Truong war von 1987 bis 2011 als Journalist für zwei staatlich zugelassene Zeitungen tätig. 2011 gründete er den Blog „Eine andere Sicht“. Nach Angabe von Human Rights Watch wurden 2013 in Vietnam mindestens 63 Personen wegen kritischer Meinungsäußerungen verurteilt. Im Juli 2013 waren laut Reporter ohne Grenzen 35 Blogger inhaftiert.

Korea (Demokratische Volksrepublik)

Parlamentswahlen

Die Parlamentswahlen am 09.03.14 waren die ersten Wahlen seit dem Machtantritt Kim Jong Uns Ende 2011. Die Oberste Volksversammlung (687 Sitze) wird alle fünf Jahre gewählt. Zur Wahl standen nur Kandidaten der „Einheitsfront“ genannten Demokratischen Front für die Wiedervereinigung des Vaterlands. Ihr gehören neben der Partei der Arbeit Koreas zwei Blockparteien an. In jedem Wahlkreis trat nur ein Kandidat an; auch Kim Jong Un kandidierte. Die Wahl, es bestand Wahlpflicht, galt als Formsache. Eine Opposition existiert im Lande nicht. Einer offiziellen Verlautbarung vom 10.03.14 zufolge beteiligten sich alle Wähler in Kim Jong Uns Wahlkreis an den Wahlen; Kim Jong Un habe 100 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Weitere Ergebnisse wurden zunächst nicht bekannt.

Das Parlament, nominell höchstes Machtorgan, tritt nur einmal oder zweimal jährlich zusammen, im Wesentlichen um den Staatshaushalt und Beschlüsse der Partei der Arbeit zu bestätigen.

China

Verantwortliche für den Anschlag in Kunming gefasst

Wie Staatsmedien am 03.03.14 berichteten, fasste die Polizei die für den Anschlag in Kunming (vgl. auch BN v. 03.03.14) Verantwortlichen. Die Attentäter, sechs Männern und zwei Frauen, seien von Abdurehim Kurban angeführt worden. Der Name deutet auf eine uigurische Abstammung hin. Wie Radio Free Asia am 03.03.14 unter Berufung auf uigurische Quellen berichtete, wollten die Attentäter möglicherweise nach gewaltsamen Auseinandersetzungen in Hotan (Uigurische Autonome Region Xinjiang) über die Provinz Yunnan ins benachbarte Laos fliehen. Als der Grenzübergang undurchführbar erschien, sollen sie sich zum Anschlag entschlossen haben.

Langsame Umsetzung der geänderten Familienplanungspolitik

Die im November beschlossene Lockerung der Familienplanungspolitik (vgl. auch BN v. 18.11.13), wonach nun auch Paare, von denen ein Partner ein Einzelkind ist, zwei Kinder haben dürfen, wird nur langsam umgesetzt. Wie die Ministerin für Familienplanung, Li Bin, am 06.03.14 verlautete, wurden die neuen Bestimmungen in acht Provinzen der insgesamt 22 Provinzen, fünf Autonomen Regionen und vier regierungsunmittelbaren Städte Chinas umgesetzt. Einen Zeitplan gebe es nicht. Experten rechnen mit jährlich ein bis zwei Millionen zusätzlichen Geburten durch die neue Regelung.

Kolumbien

Regierungskoalition gewinnt Parlamentswahlen

Die Zentrums-Koalition von Staatschef Juan Manuel Santos gewann die Parlamentswahlen vom 09.03.14. Sie erhielt nach Auszählung von 98 Prozent der Stimmen 91 der 167 Abgeordnetensitze und 47 der 102 Senatssitze. Auf das rechte Oppositionslager um den ehemaligen Staatschef Álvaro Uribe entfielen 39 Abgeordnetenmandate und 38 Senatssitze. Das linke Oppositionslager erreichte neun Parlaments- und zehn Senatssitze. Die Wahlbeteiligung lag bei 43 Prozent. Die Wahlen wurden von 3.800 Wahlbeobachtern begleitet, die mehr als 1.000 Klagen über Wahlvergehen verzeichneten. Mehr als 400.000 Soldaten und Polizisten sicherten die Wahlen. Die Zahl an gewalttätigen Zwischenfällen war um 86 Prozent niedriger als bei den letzten Parlamentswahlen 2010.